

Schweden im 21. Jahrhundert: föderale Strukturen statt Einheitsstaat?

Moding, Philip; Aring, Jürgen

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Moding, P., & Aring, J. (1998). Schweden im 21. Jahrhundert: föderale Strukturen statt Einheitsstaat? *Europa Regional*, 6.1998(2), 10-17. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48313-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Schweden im 21. Jahrhundert - Föderale Strukturen statt Einheitsstaat?

PHILIP MODING und JÜRGEN ARING

Einleitung

Schweden umfaßt ein relativ großes, aber dünn besiedeltes Gebiet in Europa. Die Bevölkerungsdichte liegt bei nur 20 Ew./qkm. Knapp 9 Mio. Menschen leben in einem Staatsgebiet, das mit 450.000 qkm größer als das vereinte Deutschland ist. Allerdings ist die Bevölkerung regional sehr ungleichmäßig verteilt. Extrem dünnbesiedelten Räumen im Inland und im Norden stehen mit den südschwedischen Küstengebieten Räume mit 'mitteleuropäischen' Bevölkerungsdichten gegenüber. Hier sind vor allem die drei großen Stadtregionen mit den Zentren Stockholm, Göteborg und Malmö zu nennen. *Abb. 1* zeigt die Bevölkerungsverteilung in Schweden und die jüngeren Entwicklungstendenzen.

Starker Staat – starke Kommunen

Charakteristisch für Schweden ist eine ausgeprägte administrative Kontinuität seit dem 17. Jahrhundert mit einem starken Zentralstaat auf der einen und starken Kommunen auf der anderen Seite. Föderale Strukturen sind unbekannt (ein Überblick zum Aufbau der öffentlichen Verwaltung in Schweden findet sich bei SJÖBERG 1997).

Regionale Aufgaben galten bisher überwiegend als staatliche Aufgaben und wurden deshalb meist vom Zentralstaat über die Bezirksregierungen (Länsstyrelsen) wahrgenommen. Für diese Form staatlicher Regionalverwaltung wurden bereits im Jahre 1634 regionale Verwaltungseinheiten – schwed. „Län“ – geschaffen, die bis 1718 im wesentlichen ihren heutigen Zuschnitt erhielten. Dieser entspricht den Funktionalanforderungen vor rd. 300 Jahren. Es besteht höchstens ein zufälliger Bezug zu historischen Landschaften oder heutigen Funktionalräumen.

Nicht-zentralstaatliches politisches Handeln war bisher im wesentlichen auf die lokale Ebene begrenzt – dort ist die kommunale Selbstverantwortung allerdings stark ausgeprägt. Das alte Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung wurde durch die Gemeindeordnung von 1862 rechtlich verankert. Zu den wichtigsten

kommunalen Aufgaben zählen das Schulwesen, die Altersfürsorge, Gesundheitspflege, Freizeit, Sport, Kultur sowie die kommunale Planung. Kommunale Aufgaben, die zweckmäßigerweise gemeinsam von mehreren Kommunen zu erledigen sind, wozu vor allem das Krankenhaus- und Gesundheitswesen zählen, fallen in die Zuständigkeit des 'Landsting'. Diese den deutschen Landkreisen ähnlichen Einrichtungen stimmen räumlich mit der staatlichen Provinzialstruktur überein. Voraussetzung für eine erfolgreiche Selbstverwaltung ist eine fiskalische Absicherung. Die größte Einnahmequelle der Gemeinden und des Landstings ist die Kommunalsteuer, die sich insgesamt auf rd. 30 % der persönlichen Einkommen beläuft. Weitere Einnahmenquellen der Kommunen sind Gebühren und staatliche Zuweisungen.

Mit Kommunalreformen wurde bis 1974 die Zahl der Kommunen in Schweden von 2.281 auf 278 erheblich reduziert, im Laufe der folgenden Jahre wurden einige Großkommunen wieder geteilt. Die Reformüberlegungen in den 60er Jahren waren vom Funktionalprinzip der Zentrale-Orte-Theorie sowie von den Rationalisierungseffekten größerer Verwaltungen geprägt. „Die Abgrenzung sollte derart gezogen werden, daß die natürlichen Einzugsbereiche der Zentralorte jeweils eine Kommune bilden sollten. Gleichzeitig sollte die Bevölkerungszahl einer neuen Kommune 1970 nicht unter 8.000 Einwohner liegen.“ (HENNING / LILJENÄS 1992; S. 39, Übers. vom Verf.).

Es zeigte sich im Laufe der Jahre, daß die neuen lokalen Einheiten nur bedingt geeignet sind, um die Herausforderungen zu bewältigen. Zur Lösung der regionalen Aufgaben sind die Kommunen zu klein. Dies gilt besonders für die städtischen Regionen, während in den ländlichen Räumen sehr große Flächenkommunen die Funktionalverflechtungen einigermaßen abdecken. Gleichzeitig erwiesen sich manche Großstadtkommunen unter lokalen Gesichtspunkten als zu groß, weshalb einige der größeren Städte in Bezirke aufgeteilt

wurden, so z. B. die Städte Malmö, Lund und Stockholm.

Die weitreichenden kommunalen Gebietsreformen in Verbindung mit einer Ausweitung kommunaler Zuständigkeiten trugen dazu bei, daß sekundärkommunale Strukturen in Schweden bisher keine wesentliche Rolle spielten – mit Ausnahme der erwähnten Landstingsaufgabe 'Krankenversorgung' sowie des öffentlichen Nahverkehrs. In den Großstadregionen wurden allerdings Sonderstrukturen geschaffen. So liegt im Raum Stockholm die Verantwortung für die Regionalplanung und den Regionalverkehr beim Stockholm Läns Landsting. Im engeren Verflechtungsraum Malmö-Lund-Trelleborg schlossen sich bereits in den 60er Jahren die Kommunen im Sydvästra Skånes Kommunalforbund zusammen, um einige Aufgaben im regionalen Verbund zu lösen. Und auch die Region Göteborg erhielt einen starken Regionalverband.

Ein neuer Regionalismus

Diese stabilen politisch-administrativen Strukturen mit dem starken Staat und den starken Kommunen stehen seit einigen Jahren in der Diskussion. Und nicht nur das! Sie beginnen zu bröckeln. Die jüngsten Parlamentsbeschlüsse aus der Mitte der 90er Jahre ermöglichen die Abschaffung veralteter Regionsgrenzen (länsgränser) und die Bildung neuer Regionalparlamente als einen Ersatz für den Landsting.

Dies bildet den vorläufigen Abschluß einer Diskussion, die zu Anfang der 90er Jahre einsetzte. Im April 1991 gab das Zilvministerium Untersuchungen in Auftrag, in denen der regionale Staatsaufbau analysiert und mögliche Alternativen aufgezeigt werden sollten. Parallel sollte auch der räumliche Zuschnitt der Länseinteilungen in Westschweden überprüft werden. Der im Juni 1992 vorgelegte Bericht zeigt drei Alternativen zum bisherigen Aufbau auf. Eine erste Variante lief auf eine stärkere regionale Verantwortung des Staates hinaus, eine zweite Variante forderte eine stärkere interkommunale Zusammenarbeit (Kommunalverbände, Zweckver-

Nordische Länder

Bevölkerungsverteilung 1992 und Bevölkerungsentwicklung 1980-92

nach Pendlerregionen

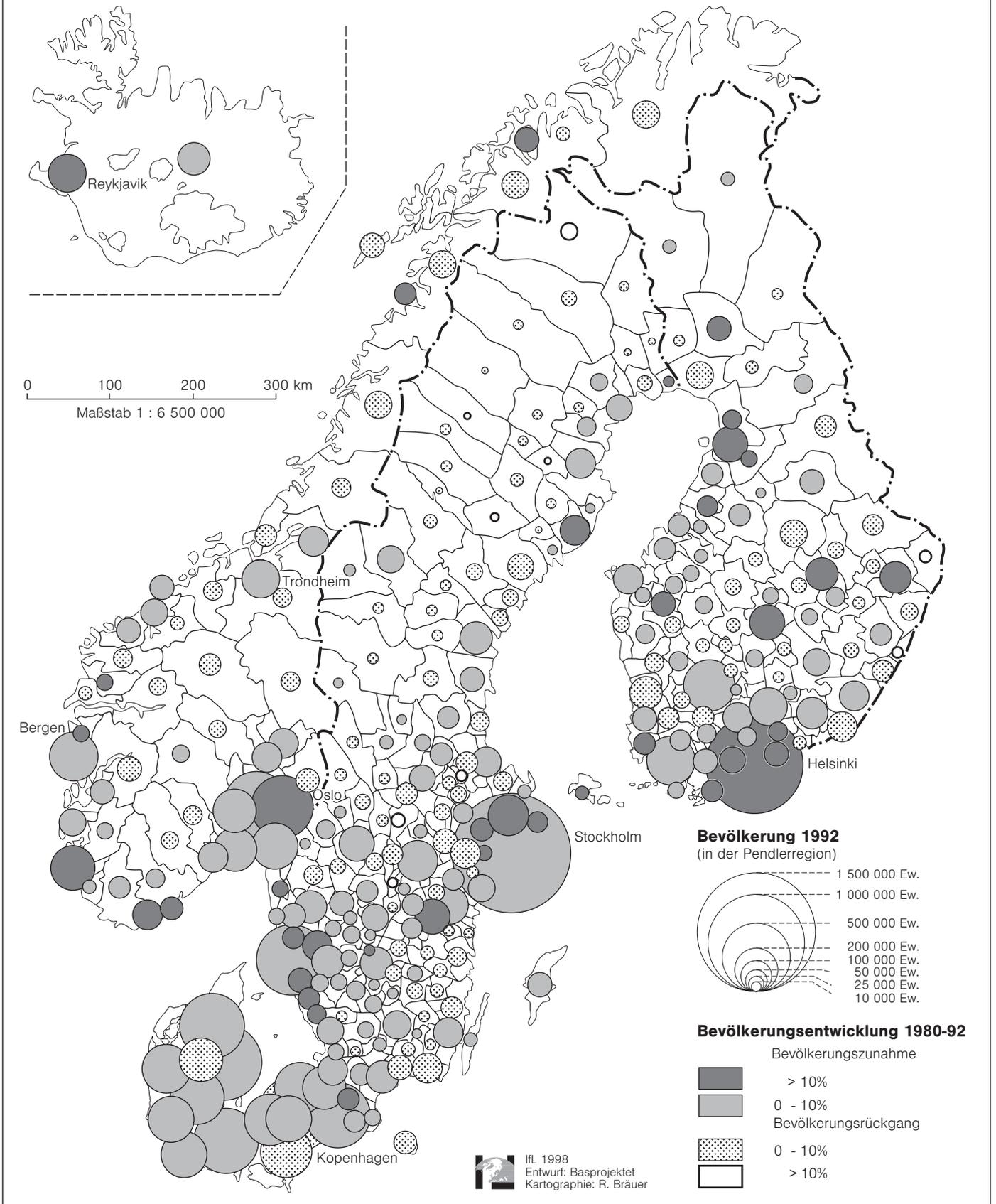


Abb. 1: Bevölkerungverteilung und -entwicklung im Norden Europas

Quelle: Basprojektet 1993



Abb. 2: Die Kommunen Schonens

bände) zur dezentralen Problemlösung, und in einer dritten Variante wurden föderale Strukturen (direkt gewählte regionale Parlamente, eigene Steuereinnahmen) für die Region diskutiert. Die bisherigen staatlichen Verwaltungsstrukturen (Län) wurden als ungeeignet eingestuft (Civildepartementet 1992a). Im August 1992 setzte das Civildepartementet eine Kommission ein, die Vorschläge über neue administrativ-politische Strukturen in den Regionen und neue räumliche Zuschnitte erarbeiten sollte. Im November 1993 wurde ein erster Zwischenbericht – „Västsverige och Skåne – regioner i förändring“ – vorgelegt. 1995 lag der Schlußbericht mit dem Titel „Regional framtid“ vor. Er sprach sich eindeutig für eine stärkere regionale Selbstverwaltung aus, während sich der Zentralstaat auf seine Kernaufgaben konzentrieren sollte. Gleichzeitig sei der Zuschnitt der Regionen den funktionalen Erfordernissen anzupassen (Civildepartementet 1995).

Parallel zu dieser Regionalisierung 'von oben' gab es entsprechende Diskussionen 'von unten' in den Regionen (vgl. MODING 1996). Die Grundposition verdeutlicht folgendes Zitat, das aus einem Vortrag des

Verfassers auf einer Konferenz in Örebro 1992 stammt: „Um uns im neuen Europa behaupten zu können, müssen wir unsere Ressourcen und Kräfte bündeln. Es kann für uns verhängnisvoll werden, wenn wir uns weiterhin in eine rigide Stadtpolitik (im Sinne von Kirchturmpolitik; d. V.) vertiefen. Genauso gefährlich ist der fortgesetzte Glaube, daß die Zentralmacht und ihr verlängerter Arm in der Länsverwaltung alles – auch die regionalspezifischen Fragen – zum besten ordnet.“ (MODING 1992, S. 9, Übers. v. Verf.). Mit dieser Intention beantragte die Provinz Skåne bereits im Juni 1992 bei der Regierung in Stockholm die Einrichtung einer 'Freizone' als Experiment für eine stärkere regionale Selbstverwaltung. In Schweden gibt es die Möglichkeit, Gemeinden als 'Freikommunen' einzustufen zu lassen. Damit werden bestimmte Gesetze außer Kraft gesetzt, so daß die Kommunen die Möglichkeit haben, die Auswirkungen anderer Rechtsformen experimentell zu testen (vgl. HÄGGROTH 1997). Der Gedanke einer 'Freizone' übernimmt dieses Konzept der 'Freikommunen' auf die regionale Ebene. Der Status einer Freizone wurde nicht gewährt.

Aber Skåne, Västra Götaland, die Region Kalmar und die Insel Gotland wurden von der Regierung als Versuchsregionen zugelassen, um in der Periode 1998-2003 neue und bessere regionale Freiheiten zu erproben.

Die Reformdiskussion hätte kaum Chancen auf Erfolg gehabt, wenn die Idee nicht einen fundierten politischen Rück-

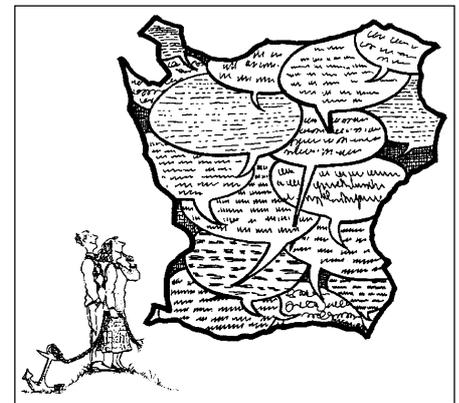


Abb. 3: Ein Ziel: Die Einheit der Region unter Akzeptanz der Vielfalt ihrer Stimmen
Quelle: Regionförbundet Söne 1998

halt gefunden hätte. In Skåne ist es gelungen, mit allen kommunalen Gebietskörperschaften und über die Parteigrenzen hinweg eine gemeinsame Initiative für „ett enat Skåne“ zu starten (Abb. 2). Es ist gelungen, diese große Koalition über Jahre aktiv und einig zu erhalten. Sicherlich gab es auch innere Unstimmigkeiten, doch die führten nicht dazu, das Oberziel aus den Augen zu verlieren (Abb. 3).

Dank der Initiativen 'von unten' ist in der Region Skåne der regionale Selbstverwaltungsgedanke inzwischen am weitesten gediehen. Am 1.1.1997 wurde aus den früheren Provinzen Malmöhus Län und Kristianstads Län die Region Skåne gebildet. Sie zählt etwa 1,1 Mio. Einwohner, wovon sich rd. 500.000 in der Stadtregion Malmö-Lund-Trelleborg ballen. Insgesamt ist Skåne etwa 100 x 100 km groß.

Im Zuge der Reform werden Aufgaben aus der lokalen und vor allem der regionalen staatlichen Zuständigkeit an die neue regionale Selbstverwaltungsebene gegeben. Zu den neuen regionalen Selbstverwaltungszuständigkeiten gehören: Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt, physische Planung und Regionalplanung, Umwelt, Kommunikation, Gesundheit und Krankenhauswesen, Ausbildung und Forschung sowie Kultur und Tourismus. Damit wird die staatliche Zuständigkeit auf der regionalen Ebene auf hoheitliche Aufgaben zu-

rückgefahren. Zur Zeit wird die Region durch Übergangsgremien gesteuert (vgl. Regionförbundet Skåne 1997), doch ab 1999 soll ein neu gewähltes Regionalparlament die politische Verantwortung übernehmen. Im Jahre 2002 ist eine Überprüfung der neuen Strukturen vorgesehen, um bei Bedarf Anpassungen vornehmen zu können.

Auch in den Kommunen ist eine stärkere Regionalisierung nicht unumstritten. So wird auf der kommunalen Ebene und in der größten Oppositionspartei 'Moderaterna' (die 'CDU Schwedens') diskutiert, ob zukünftige Regionalräte eigene Entscheidungsbefugnisse im Hinblick auf eine regionale Besteuerung erhalten sollen, denn das Gewicht des Regionalparlamentes hängt natürlich sehr stark von der fiskalischen Absicherung ab. Es ist ein erheblicher Unterschied, ob eine Region durch eigene Einnahmen oder beispielsweise über ein Umlagensystem finanziert wird. Diese Kämpfe sind ein Dilemma, weil sie die Chancen der Regionalisierung möglicherweise untergraben. Schweden als Mitglied des neuen Europa braucht aber eine starke und keine schwache regionale Ebene. Nach dem gegenwärtigen Beschlußstand wird das neue Regionalparlament wie früher der Landsting eigene Befugnisse der Besteuerung behalten.

Ein ähnlicher Regionalisierungsprozeß steht auch in der 1,5 Mio. Einwohner zählenden Region Göteborg (Västra Götaland) in Westschweden an (vgl. Väststyrelsen 1997). Setzt sich diese Entwicklung fort, so könnte Schweden im 21. Jahrhundert eine moderne repräsentative Demokratie mit hoffentlich funktionaleren Regionen als den bisherigen werden. Diese neuen Entwicklungen sind allerdings nicht unumstritten. Der Innenminister JÖRGEN ANDERSSON, ehemaliger Bürgermeister der Stadt Halmstad, hat – wie die ganze Regierung – ein wenig Angst vor dem Föderalismus in Schweden und jüngst in Schonen öffentlich empfohlen, das Wort 'Regionalparlament' zu vermeiden. Nach seiner Meinung bleibt der Reichstag in Stockholm das einzige Parlament des Landes. Vor diesem Hintergrund wird auch verständlich, warum die direkt gewählte Versammlung nicht 'Regionsparlament' sondern 'Regionsfullmäktige' genannt wird.

Die allgemeinen Hintergründe der Regionalisierungsdebatte

Die Regionalisierungsdebatte, die in Schweden Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre einsetzte, hat ihre Ursache darin, daß

die etablierten, historisch überkommenen Strukturen den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen offensichtlich immer weniger angemessen sind. Im Regionalismus – verstanden als Bedeutungsgewinn regionaler Einheiten im Prozeß der politischen Willensbildung sowie bei der Erarbeitung und Umsetzung politischer Strategien – werden in Schweden offensichtlich Wege aus der unbefriedigenden Gegenwartssituation gesehen. Die regionale Ebene scheint prädestiniert, um Aufgaben zu lösen, mit denen die Kommunen inzwischen überfordert sind oder für die sich der Zentralstaat nicht mehr als funktionsfähig erweist oder die gänzlich neu auf den Plan treten. Verschiedene Diskussionen laufen dabei parallel und münden in die Forderung nach neuen selbstverwalteten regionalen Strukturen:

In den 80er Jahren ist das Modell Schweden – der Wohlfahrts- und Verteilungsstaat – an seine Grenzen gestoßen. Zunächst ist seit den 70er Jahren sukzessive der Wachstumskonsens zerbrochen. Als weitere Aspekte sind die durch den ökonomischen Erfolg erzwungenen Strukturbrüche – insbes. die Deindustrialisierung, wachsende Arbeitslosigkeit und eine einsetzende Pluralisierung – zu nennen. Der sozialdemokratische Konsens zerbricht letztlich an seinem eigenen Erfolg. Sein ökonomischer Erfolg führt zur Freisetzung von Arbeitskräften, die den Staat legitimatorisch und finanziell überfordern. Die Basis des Konsens schwindet, weil immer mehr Menschen entweder nicht mehr von ihm profitieren oder zumindest das Gefühl für seinen Nutzen verloren haben. Eine analoge Entwicklung gibt es im regionalen Kontext. Aus einer regionalen Perspektive muß man feststellen, daß der Zentralstaat auf die Dauer mehr zur Last wird, als daß er nützt. In den Regionen wächst das Gefühl, man müsse die regionalen Geschicke in die eigenen Hände nehmen, um eine zukunftsfähige Entwicklung zu ermöglichen (vgl. ARING / FALLER 1997).

Die beiden großen Entwicklungen in Richtung einer intensiveren Europäischen Integration – die Schaffung des EG-Binnenmarktes und der Fall des eisernen Vorhangs – liefern die Voraussetzungen für umfassende politische und ökonomische Umorientierungen. Die Bewältigung dieser Aufgabe will man überall in Europa nicht nur den Staatsregierungen überlassen. Das Wort vom 'Europa der Regionen' ist deshalb fast überall mit Zustimmung aufgenommen worden. Vor diesem Hin-

tergrund wirkt das durch die Krise des Wohlfahrtsstaates bereits angeschlagene, zentralistisch angelegte System Schwedens antiquiert. Es erscheint in der jüngeren Vergangenheit immer unpassender, um die Belange der Regionen angemessen vertreten zu können.

Verstärkt wird diese Kritik am zentralstaatlichen Handeln durch eine im Laufe der Zeit immer stärker werdende Pluralisierung der Regionen, die auch zu spezifisch regionalen Herausforderungen führt. Standardisierte Lösungs- und Entwicklungsansätze tragen nicht weit genug. In der Regionalpolitik wird längst nicht mehr nur die Frage nach der gerechten Verteilung der zentralstaatlichen Hilfen gestellt. Daneben wird immer öfter gefragt, ob die Hilfe überhaupt richtig konzipiert ist, um in den Regionen die gewünschten Impulse zu bewirken. Vor diesem Hintergrund werden in einer regionalen Selbstverwaltung mit eigener Budgetverantwortung günstigere Voraussetzungen gesehen, um die komplexen Herausforderungen in den Regionen lösen zu können. Diese Diskussion zeigt politische Wirkungen. Die Regierung Schwedens hat inzwischen einigen Regionen – u. a. dem neuen Schonen – die Möglichkeit eingeräumt, über Arbeitsmarktfördermittel frei zu disponieren.

In dem Maße, in dem das regionale Handeln zum politischen Gestalten wird, stellt sich auch die Frage nach der demokratischen Legitimation. Die existierenden regionalen Stellen Bezirksregierung und Kommunalverbände sind nicht oder nur indirekt demokratisch legitimiert. Dieses Demokratiedefizit ist problematisch. Es begünstigt Kungeleien, bildet einen Nährboden für Formen außerparlamentarischer Opposition oder leistet einer Politikmüdigkeit Vorschub. Wenn auf der Ebene der Regionen wichtige politische Entscheidungen zu fällen sind, dann bedarf es auch regionaler Parlamente. Schafft man aber Regionalparlamente, dann müssen sie auch eine politische Gestaltungsfähigkeit erhalten, damit sie vom Bürger akzeptiert werden. Regionale Aufgaben müssen dann zwangsläufig von den demokratisch nicht legitimierten Stellen (Bezirksregierung, Kommunalverbände) in die Zuständigkeit der Region bzw. des Regionalparlamentes überführt werden.

Auch in Schweden schreitet die Suburbanisierung in den Stadtregionen rapide voran. Es kommt zu einer intensiven funktionalen Vernetzung in den Stadtregionen, für die es keine adäquaten regionalen ad-

ministrativen und planenden Strukturen gibt. Die existierenden Kommunalverbände reichen zur Bewältigung der Herausforderungen nicht aus. Zwischen der 'wissenschaftlichen Erkenntnis' und dem 'politischen Handeln' klappt auf diesem Feld aber eine große Lücke. Die Kommunen haben ein hohes Interesse daran, ihre Selbstbestimmung nicht aushöhlen zu lassen. Standortfragen von regionaler Bedeutung (Supermärkte, Bahnhöfe, Gymnasien etc.) in den Ballungsräumen werden weiterhin zumeist unter einer 'kirchtumpolitischen Perspektive' diskutiert.

Regionalisierungsbedarf – ein konkretes Beispiel

Die zuvor skizzierten Probleme bleiben nicht abstrakt, sondern sind in den Regionen ganz konkret zu spüren, wie sich am Beispiel der Öresund-Region (Raum Kopenhagen/Malmö) zeigt (Abb. 4). Dieser dänisch-schwedische Grenzraum mit rd. 2,5 Mio. Einwohnern wird durch den Öresund geteilt, seine Teilregionen weisen bisher sehr geringe Binnenverflechtungen auf. Das könnte sich ändern, wenn im Herbst 2000 die im Bau befindliche feste Bahn- und Straßenverbindung zwischen Kopenhagen und Malmö für den Verkehr freigegeben wird (vgl. ANDERSSON / MATTHIENEN 1993; ARING / PRIEBIS 1996) (Abb. 5).

Als vor Jahren die Verhandlungen über den Bau der Brückenverbindung liefen und Beschlüsse gefaßt wurden, waren die Regionen nicht direkt beteiligt. Es verhandelte die schwedische mit der dänischen

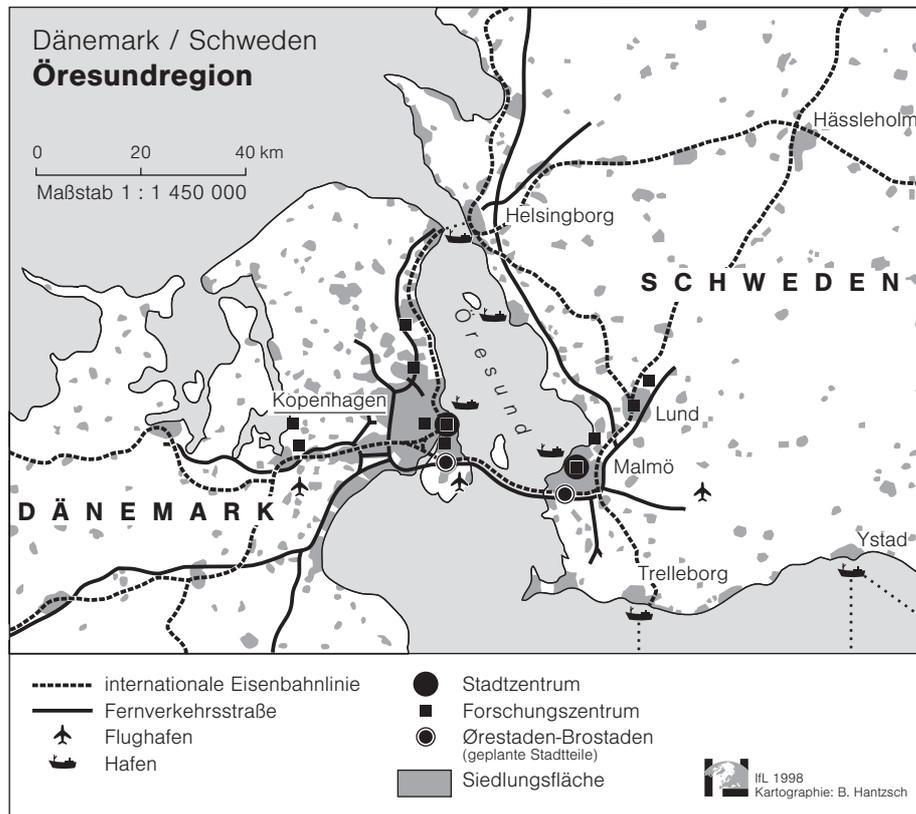


Abb. 4: Öresundregion
Quelle: SSK 1995

Regierung, und die Verhandlungsergebnisse wurden später von den nationalen Parlamenten gebilligt. Alle Verhandlungen wurden geführt und alle Entscheidungen getroffen ohne einen einzigen Vertreter der lokalen oder regionalen Ebene. Aus den betroffenen Regionen erhielt niemand die Erlaubnis teilzunehmen. Dies betraf auch die einflußreichen Bürgermeister von

Kopenhagen und Malmö. Als es zur Beschlussfassung kam, standen sie 'im Abseits'.

Diese Aussperrung der lokalen und regionalen Interessen im Verhandlungsprozeß hat zu unbefriedigenden Ergebnissen geführt. Nicht bei der Brücken- und Tunnelverbindung, aber bei der Anschlußinfrastruktur. Dies muß jetzt in der Region

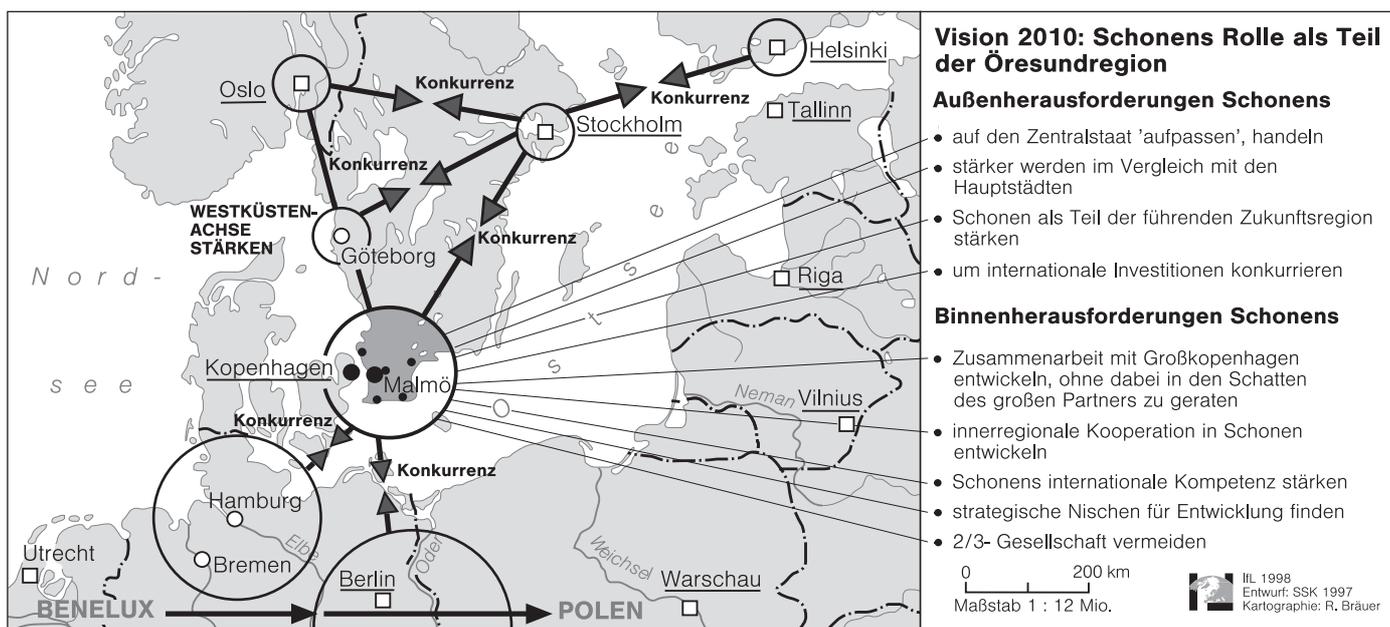


Abb. 5: Vision 2010: Schonens Rolle als Teil der Öresundregion
Quelle: SSK 1997



Abb. 6: Überregionale Vernetzung eines Chemieunternehmens aus Nordschonen
 Quelle: SSK o.J.

‘nachgebessert’ werden. So wurde z. B. auf der schwedischen Seite ein Bahn-City-Tunnel durch die Stadt gefordert anstelle einer Ringbahn um Malmö herum, wie vom Zentralstaat festgelegt wurde. Dieser City-Tunnel mit einem Investitionsvolumen von mehr als einer Milliarde DM ist inzwischen beschlossen worden. Ohne den gebündelten Druck aus der Region, der durch die regionale Zusammenarbeit im ‘neuen

Skåne’ möglich wurde, wäre es kaum zu dieser Änderung des Beschlusses gekommen.

Schweden im Wandel

Schweden macht derzeit einen starken Wandel durch. Die Regionalisierung der Politik ist dabei nur ein Aspekt, wengleich auch ein wichtiger, weil die Regionalisierung auch eine Reaktion auf die

komplexen anderen Veränderungen darstellt.

Die Modernisierung Schwedens für das 21. Jahrhundert – wie sie beispielsweise in den Überlegungen zur Zukunft der Großstädte (*Storstadskommittén*) und zur Zukunft des Großstadtverkehrs (*Dennis-förhandlingar*) skizziert wurde – erfordert massive Investitionen in die Infrastruktur. Diese sind mit den traditionellen Finanzie-

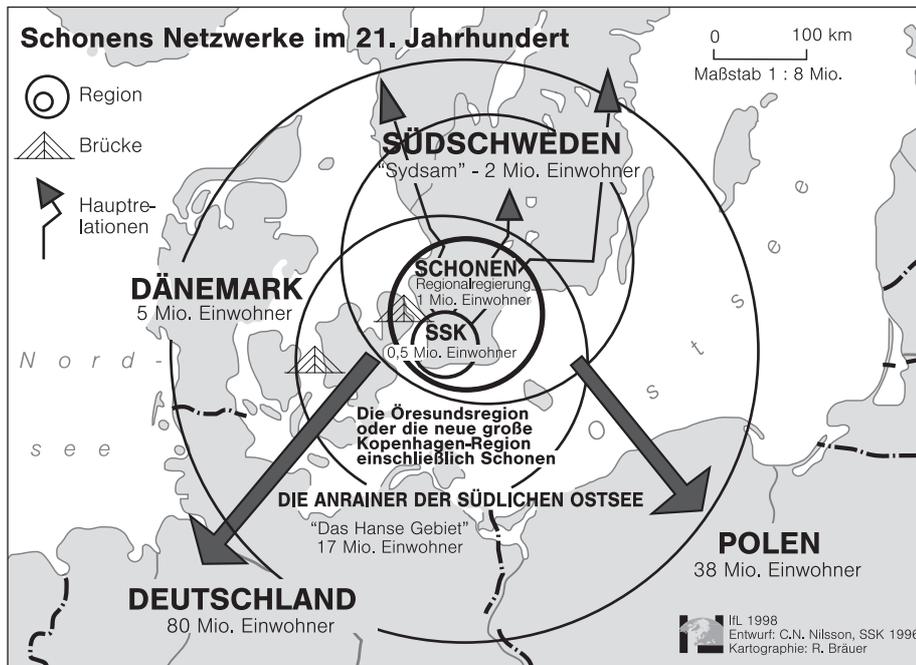


Abb. 7: Schonens Netzwerke im 21. Jahrhundert
Quelle: SSK 1996

lungsmöglichkeiten nicht mehr bereitzustellen, zumal auch die Krise des Sozialstaates die öffentlichen Haushalte strapaziert. Der Bau der Öresundbrücke und der Ringstraßen Stockholms (vgl. ARING 1994) erfordert Benutzergebühren und eine Staatsgarantie für Kredite. Obwohl schon die Finanzierungsmodelle der Vorschläge im Vergleich mit dem 'früheren Schweden' neue Möglichkeiten eröffnen, ist nicht sicher, ob dies ausreichen wird. Die nationale wirtschaftliche Situation hat sich seit dem Ende der 80er Jahre erheblich verschlechtert. Viele fragen sich, ob es wirklich möglich sein wird, genügend finanzielle Mittel bereitzustellen.

Das Beispiel der Straßenbenutzungsgebühren verweist aber noch auf weitere Herausforderungen, die zu bewältigen sind. Erforderlich sind technische und politisch-organisatorische Innovationen. Techniker, Angestellte in Lokalbehörden, staatliche Unternehmen und viele Beratungsfirmen sind jetzt intensiv mit der Planung der Infrastrukturprojekte beschäftigt. Unter den veränderten Rahmenbedingungen wird es noch wichtiger, gute technische Lösungen zu finden und gleichzeitig innerhalb von Kosten- und Zeitgrenzen zu bleiben. Die Arbeit an der Entwicklung elektronischer Zahlstellen für Autobahngebühren muß intensiviert werden. Gleichzeitig muß die Bereitschaft in der Bevölkerung für dieses neue Schweden mit Straßenbenutzungsgebühren in den Großstädten erreicht werden. "Road Pricing" ist keinesfalls politisch unumstritten.

Der Gedanke der Effizienzsteigerung zieht sich durch den aktuellen Modernisierungsprozeß, wie das Beispiel Verkehr zeigt. Effizienz ist dabei nicht einfach als betriebswirtschaftliche Rationalisierung zu verstehen, sondern als Anpassung an die ökonomischen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen des 21. Jahrhunderts. Dies gilt – um bei den oben genannten Beispielen zu bleiben – für die Transportpolitik, die Infrastrukturplanung, die Finanzierung und die Schaffung eines funktionierenden politisch-administrativen Rahmens. Alle Beteiligten spüren ein verändertes Klima. Die Deregulierung und Privatisierung der staatlichen Monopole wurde in Schweden früher eingeleitet als in Deutschland und ist auch weiter vorangeschritten.

Regionale Netze, ein Ansatz

Es ist leicht, existierende Systeme und Organisationen zu kritisieren, aber anstrengender und schwieriger, konstruktiv zu sein. Deshalb sollen zum Schluß dieses Beitrages noch einige Überlegungen dargestellt werden, was auf dem Weg zu effizienteren Regionen zu bedenken ist.

Zunächst ein empirisches Beispiel: *Abbildung 6* zeigt die regionale Vernetzung einer Exportfirma im Chemiesektor mit Hauptsitz und Produktion in Nordschonen. Auf den ersten Blick ist sichtbar, daß die regionalen Vernetzungen dieses Betriebes weit über alle administrativen Grenzen ausstrahlen. Die Gesellschaft muß dies mehr und mehr zur Kenntnis nehmen und

in der Politik für das 21. Jahrhundert berücksichtigen. Die Kommunen und die Regionen müssen Kirchturmpolitik vermeiden, um ein günstiges Wirtschaftsklima zu fördern.

Wie solche Überlegungen in die Politik einfließen können, zeigt *Abbildung 7* 'Schonens Netzwerke im 21. Jahrhundert', das aus den Empfehlungen an die neuen Regionalpolitiker Schonens stammt. Das Bild zeigt strategische Netzwerkverflechtungen auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen ('begrenzten Umkreisen') mit unterschiedlichen inhaltlichen Herausforderungen. Da sind die lokalen und überlokalen Aufgaben im Städtedreieck Malmö-Lund-Trelleborg (SSL-Region). Da ist die neue Region Skåne mit den ihr übergebenen regionalen Selbstverwaltungsaufgaben. Aus der Region heraus existieren stärkere Verflechtungen nach Südschweden und in die Hauptstadtregionen, die traditionell ein starkes Gewicht hatten. Daneben wird in Zukunft aber immer stärker auch eine 'regionale Außenpolitik' treten müssen – mit Kontakten in der Öresundregion zwischen den Partnern Skåne und Großraum Kopenhagen sowie mit Kontakten nach Deutschland und nach Polen.

Keine Region ist als Basis für alle Arten regionaler Kooperation und Entscheidungsfindungen ideal. Wie durch die Krise in *Abbildung 7* illustriert wird, müssen verschiedene regionale Fragen in verschiedenen geographischen Arenen analysiert werden. Zum Beispiel besteht in den neuen Bundesländern, Polen und den baltischen Staaten das dringende Bedürfnis, die Verbindungen mit Skandinavien zu erneuern und einen verbesserten Handelsaustausch, Transfer an Hard- und Software, Transitverkehr usw. zu schaffen. Am Öresund erhält Groß-Kopenhagen die Chance, sein Umland im südlichen Schweden zu entwickeln, und Skåne kann mit Großkopenhagen Teil einer größeren, europäischen Region werden.

Die Prioritäten sind in der *Abbildung* durch die Strichstärken der Kreise dargestellt. An erster Stelle steht die Schaffung der einheitlichen Region Skåne. Viele wichtige Aufgaben in den Bereichen Infrastruktur und Regionsmarketing sind vorbereitet worden und können in der neuen Regionalstruktur erfüllt werden, so daß diese höchste Priorität gerechtfertigt ist. In den kommenden Jahren ist es für die Region Skåne aber auch wichtig, eine abgestimmte Strategie gegenüber der Nation Schweden und der starken Zentralmacht in Stockholm zu finden als auch eine ange-

messene Rolle in der Öresundregion, in der andernfalls Groß-Kopenhagen so dominieren kann wie bisher Stockholm. Und in der unmittelbaren Nachbarschaft liegt Deutschland, die unter wirtschaftlichen Aspekten wichtigste und stärkste Nation Europas.

Es ist ein Muß für die Wirtschaft und Politik im südwestlichen Schweden, sich Gestaltungsmöglichkeiten für die zukünftige Entwicklung zu eröffnen. Welcher Weg ist dazu geeignet? Der einfachste, aber sicher auch der uneffektivste Weg besteht darin, abstrakte Gebilde mit schwachen Institutionen zu schaffen, in denen sich VIP's aus den beteiligten Ländern besprechen, ohne zu Entscheidungen zu kommen oder Entscheidungskompetenzen zu haben. Natürlich ist das besser als nichts, aber es ist nicht genug. Es gibt viele Beispiele für Konferenzen im Ostseebereich mit nur geringen Resultaten.

Man erzielt schnell Einigkeit darüber, daß eine bessere regionale Zusammenarbeit notwendig ist. Das ist leicht zu sagen, aber auf der eigenen lokalen oder stadtreionalen Ebene sehr schwer zu realisieren. Wahrscheinlich ist der beste Weg, effizientere Regionen zu schaffen, der, zu Hause anzufangen, oder wie man in Schweden sagt, vor der eigenen Tür zu kehren, bevor man bei anderen beginnt. Ein allein von oben oder außen aufgesetzter Regionalis-

mus ist kaum vielversprechend. Von unten entwickelte Netzwerke und Regionen sind wichtige Schritte zur Problemlösung im 21. Jahrhundert.

Literatur

- ANDERSSON, Å. E. u. C. W. MATTHIESSEN (1993): Öresundsregionen. Kreativitet, Integration, Vækst. Kopenhagen.
- ARING, J. (1994): Expansionsfinanzierung statt Rationierung. Zum Wandel der Ansprüche an ein Mautkonzept für Stockholm. In: Internationales Verkehrswesen 1-2/1994, S. 37-42.
- ARING, J. u. B. FALLER (1997): Die Regionalismusdebatte und das Ende des sozialdemokratischen Konsens in Schweden. In: E. GLÄSSER u.a. (Hrsg.): Nordica III. Die Öresund-Region sowie verschiedene Beiträge zur Human- und Physiogeographie Nordeuropas. (=Norden 12). Bremen, 73-85.
- ARING, J. u. A. PRIEBS (1996): Die Öresundregion – Nordeuropas Zukunftsregion? In: Geographische Rundschau 5/1996, S. 298-304.
- Civildepartementet (Hrsg.) (1992a): Regionala roller. En perspektivstudie. Stockholm (=SOU 1992:63).
- Civildepartementet (Hrsg.) (1992b): Utsikt mot framtidens regioner – sju debattinlägg. Stockholm (=SOU 1992:64).
- Civildepartementet (Hrsg.) (1995): Regional framtid. Regionbetredningens slutbetänande. Stockholm (=SOU 1995:27).

- HÄGGROTH, S. (1997): Freigemeinden – ein Versuch. In: Stadt und Gemeinde 10/1997, S. 310-314.
- HENNING, R. u. I. LILJENÄS (1992): Regioner som begrepp och fenomen. In: Civildepartementet (Hrsg.): Utsikt mot framtidens regioner – sju debattinlägg. Stockholm (=SOU 1992:64).
- MODING, P. (1992): Europas Förenta Regioner. Myter och verkligheter. Föredrag vis KSP:s konferens i Örebro 1992-08-20 (vervielfältigt Manuskript).
- MODING, P. (1996): Demunicipalization and regionalization in Sweden. In: Svensk Geografisk Årsbok, S. 141-146.
- Regionförbundet Skåne (1997): Preliminärt Utvecklingsprogram för Skåne. Kristianstad.
- SJÖBERG, L. (1997): Aufbau der öffentlichen Verwaltung in Schweden. In: Stadt und Gemeinde 10/1997, S. 276-278.
- Väststyrelsen (1997): På väg mot Västra Götalandsregionen. Göteborg.

Autoren:

PHILIP MODING,
Landbackegatan 3,
21230 Malmö,
Schweden.

JÜRGEN ARING,
empirica,
Qualitative Marktforschung, Struktur-
und Stadtforschung,
Kaiserstr. 29,
53113 Bonn.

Neuerscheinung aus dem IFL

GRUNDMANN, LUISE (Hrsg.): **Rudolstadt und das mittlere Saaletal**. Ergebnisse der landeskundlichen Bestandsaufnahme im Raum Remda, Rudolstadt und Orlamünde. (Werte der deutschen Heimat, Band 58). Weimar 1998, 39,- DM, ISBN 3-7400-0934-9

Zu bestellen über den Buchhandel

Mit dem Gebiet der mittleren Saale zwischen den Städten Rudolstadt, Orlamünde und Remda-Teichel wird eine abwechslungsreiche Kulturlandschaft in Ostthüringen landeskundlich beschrieben. Die naturräumlichen Gegebenheiten der Triaslandschaft am Ostrand des Thüringer Beckens werden ebenso vorgestellt wie die differenzierte Landnutzung, die historische Entwicklung und die kulturellen, wirtschafts- und sozialräumlichen Strukturen des Gebietes im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt. Dem einleitenden landeskundlichen Überblick folgen die Einzelbeschreibungen zahlreicher Naturobjekte, Naturschutzgebiete, Städte und über 70 Gemeinden bzw. Ortsteile. Den kulturellen, touristischen und wirtschaftlichen Schwerpunkt bildet die einstige Residenzstadt Rudolstadt mit ihren Bau- und Kulturdenkmälern der Altstadt. Zahlreiche farbige Abbildungen und zwei Übersichtskarten – eine topographische und eine landeskundliche Übersichtskarte –, ein umfangreicher tabellarischer Anhang sowie Orts- und Namenregister ergänzen den 200 Seiten umfassenden Text des Bandes. Die landeskundliche Übersichtskarte enthält auch Routenvorschläge für landeskundliche Exkursionen im Gebiet.

